

Protokoll

Sitzung vom 10. März 2026

Vorsitz	Martina Uffer (GLP-FLiG)
Teilnehmend	Frank Albrecht (SVP) Urs Allenspach (SVP) Ruedi Blumer (SP) Pascal Brander (SVP) Matthias Ebnetter (GLP-FLiG) Barbara Frei (parteilos) Pascal Furer (SVP) Elmar Hardegger (Die Mitte) Andreas Helfenberger (Die Mitte) Patrick Huber (SP) Kurt Jau (SVP) Lukas Kessler (FDP) Florian Kobler (SP) Ursula Kobler (FDP) Claudia Kretz Büsser (FDP) Alois Künzle (SVP) Thomas Künzle (SVP) Heinz Loretini (FDP) Patrik Mauchle (Die Mitte) Jan Mayer (SVP) Rebecca Meier (Junge Grüne) Markus Meister (GLP-FLiG) Andreas Oberholzer (SVP) Martin Pfister (Die Mitte) Roger Pfister (Die Mitte) Markus Rosenberger (SVP) Andrea Rütsche-Schaller (Die Mitte) Christian Schlegel (GLP-FLiG) Marina Schwizer (Die Mitte) Simon Sigg (Die Mitte)
Abwesend	--
Anwesend Stadtrat	Wolfgang Giella Helen Alder Frey Claudia Martin Stefan Rindlisbacher Florin Scherrer
Protokoll	Beatrice Kempf, Stadtschreiberin

Umfang	Dieses Protokoll umfasst die Beschlüsse Nrn. 48/2026 bis 52/2026 Protokoll Nr. 48/2026 Wintersportlager; Rahmenkredit 2027-2030 Protokoll Nr. 49/2026 Schutzverordnung, Teil Albertschwilerbach Änderung Protokoll Nr. 50/2026 Interpellation Simon Sigg (Die Mitte) «Nächtliche Notsituationen und Obdachlosigkeit in der Stadt Gossau», Antwort Protokoll Nr. 51/2026 Fragestunde Protokoll Nr. 52/2026 Neue Vorstösse
Zeit	18.00 Uhr – 20.10 Uhr

Protokollgenehmigung

Das Protokoll vom Dienstag, 6. Januar 2026, wird genehmigt.

Protokoll Nr. 48/2026

2024-853

Sitzung vom 10. März 2026

02.01.50.10

Wintersportlager; Rahmenkredit 2027-2030

I. Grundlagen

1. Der Stadtrat hat am 23. Oktober 2025 folgenden Antrag zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet:
 1. Dem Parlament wird für die Wintersportlager der Schule Gossau in den Jahren 2027 bis 2030 ein Rahmenkredit von jährlich CHF 170'000, insgesamt CHF 680'000, beantragt.
2. Die vorberatende Kommission hat das Geschäft am 21. Januar 2026 beraten und stellt am 10. Februar 2026 folgenden Gegenantrag:
 1. Für die Wintersportlager der Schule Gossau im Jahr 2027 wird ein Kredit von brutto CHF 285'000 genehmigt.
3. Der Stadtrat nimmt den Antrag der vorberatenden Kommission am 26. Februar 2026 zur Kenntnis, hält jedoch an seinem Antrag fest.

II. Eintretensdiskussion

1. **Markus Meister (GLP-FLiG), Präsident vorberatende Kommission:** Die vorberatende Kommission zum Rahmenkredit Wintersportlager hat das Geschäft in zwei Sitzungen beraten und dankt allen Beteiligten. Der Stadtrat beantragt für die Jahre 2027 bis 2030 einen Rahmenkredit von jährlich CHF 170'000, insgesamt CHF 680'000. Gleichzeitig ist eine Reduktion um zwei Wintersportlager vorgesehen.

Die VBK hat das Spannungsfeld zwischen Sparzielen und dem Anliegen, möglichst viele Lager weiterhin durchzuführen, erkannt und begrüsst deshalb die Diskussion. Sie wird dem Parlament einen Gegenantrag unterbreiten. Nun liegt es am Parlament, dieses Geschäft zu beraten und dem Stadtrat aufzuzeigen, in welche Richtung weitergearbeitet werden soll.

Als VBK-Präsident wünsche ich mir eine sachliche Debatte, die die Qualität der Lager in den Mittelpunkt stellt. Im Zentrum sollte die Frage stehen, was uns diese Lager wert sind, nicht nur, was sie kosten. Die VBK ist für Eintreten.

2. **Andreas Oberholzer (SVP):** Führen heisst, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung kann nicht delegiert werden. Mit diesem Geschäft versucht der Stadtrat, die heisse Kartoffel dem Parlament zu übergeben, damit wir entscheiden müssen, ob Lager gestrichen werden oder nicht.

Die SVP ist der Ansicht, dass diese Frage nicht ins Parlament gehört, sondern in die Zuständigkeit des Stadtrats fällt. Zudem enthält Bericht und Antrag unter anderem auch falsche Zahlen. Die SVP-Fraktion ist für Nichteintreten.

3. **Roger Pfister (Die Mitte):** Die VBK ist sich einig: Der vorliegende Bericht mit Antrag wirkt wie ein Schnellschuss und zugleich wie ein Blindgänger. Dennoch verfolgt das Geschäft zwei Ziele, die es zu diskutieren gilt: mögliches Sparpotenzial und gleichzeitig langfristige Rahmenbedingungen für die Planung der beliebten Wintersportlager.

Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten. Planungssicherheit für die Lager, aber auch für die polysportiven Angebote in Gossau, ist nur gewährleistet, wenn wir heute einen Kredit sprechen. Deshalb sind weder Rückweisung noch Nichteintreten die richtige Lösung.

4. **Heinz Loretini (FDP):** Die SVP-Fraktion möchte die Vorlage zu den Wintersportlagern nicht behandeln. Die Sorge ist gross, den städtischen Haushalt auf dem Buckel der Kinder sanieren zu wollen. Dafür habe ich insofern Verständnis, als man politisch hart in der Sache sein möchte, sich gegenüber dem Volk aber gleichzeitig möglichst skrupelfrei präsentieren will.

Haushaltskonsolidierung ist jedoch kein Ponyhof. Es geht darum, den Gürtel enger zu schnallen – den eigenen und nicht denjenigen der anderen. Eigene Befindlichkeiten haben in dieser finanziellen Situation keinen Platz. Es geht um das Wohl aller. Dieses Ziel erreichen wir nur mit einer gewissen Härte in den Finanzen.

Sobald der Finanzhaushalt wieder im Lot ist, können wir über Mehrausgaben sprechen. Jetzt ist die Zeit für eine Überprüfung der Ausgaben. Ich erwarte von allen Parteien Mitarbeit. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen wir uns für gesunde Finanzen einsetzen. Beginnen wir damit hier und heute. Ich bin gegen eine Rückweisung.

5. **Barbara Frei (SP):** Wenn eine vorberatende Kommission, in der Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien sitzen, bei einem parlamentarischen Geschäft einen möglichst breiten Konsens erreicht, dann ist das eine klare Empfehlung an das Parlament, auf das Geschäft einzutreten und es inhaltlich zu beraten. Genau das ist hier geschehen.

Die Sitzungen der VBK waren anspruchsvoll, auch weil sich die Kommission viele entscheidungsrelevante Informationen selbst beschaffen musste. Dazu wird der VBK-Präsident noch mehr ausführen. An dieser Stelle danke ich ihm ausdrücklich für die sehr gute Vorbereitung und Leitung der Sitzungen – aus meiner Sicht und aus Sicht der SP-Fraktion.

Ein Nichteintreten wäre das falsche Signal, gerade auch gegenüber der gemeinsamen Arbeit und dem breiten Konsens in der VBK. Eintreten bedeutet nicht, dass die Vorlage in der vom Stadtrat beantragten Form angenommen werden muss. Eintreten heisst, in der Detailberatung aufzuzeigen und zu diskutieren, wo Handlungsbedarf besteht und wie am besten vorzugehen ist. Die SP ist für Eintreten und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.

6. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Die GLP-FLiG übernimmt sehr gerne Verantwortung, auch wenn der Eindruck entsteht, dass das Parlament hier zum Mitreden gedrängt wird. Wir sind aber bereit, diese Verantwortung mitzutragen, und finden es richtig, dass das Parlament diese wichtige Frage heute berät. Wir sind deshalb für Eintreten.
7. **Markus Rosenberger (SVP):** Der Stadtrat beantragt einen Rahmenkredit für die Wintersportlager 2027 bis 2030. Hinter diesem Kredit steht faktisch eine Reduktion des Angebots von fünf auf drei Wintersportlager pro Schullaufbahn.

Mich irritiert an diesem Geschäft weniger der finanzielle Umfang als vielmehr die Frage der Zuständigkeit und der politischen Verantwortung. Über Verantwortung wurde heute schon mehrfach gesprochen, und auch in der Presse war sie ein Thema. Darüber sollten wir grundsätzlich diskutieren.

Der Bericht hält ausdrücklich fest, dass die Anzahl Wintersportlager nicht vom Kanton vorgegeben ist, sondern in der Kompetenz des Schulträgers liegt. Gleichzeitig wissen wir, dass in unserer Organisation die Exekutive, also der Stadtrat, für die Führung der Schule und der Verwaltung verantwortlich ist. Wenn der Stadtrat zum Schluss kommt, dass in der aktuellen finanziellen Lage fünf Wintersportlager zu viel sind und drei genügen, dann wäre es aus meiner Sicht seine Aufgabe, diese Entscheidung zu treffen und politisch zu verantworten.

Stattdessen legt er dem Parlament einen Rahmenkredit vor, der genau diese Entscheidung politisch festschreibt. Damit wird die Verantwortung an das Parlament übertragen, ob Wintersportlager reduziert werden oder nicht. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Stadtrat mit diesem Bericht und Antrag einmal mehr versucht, dem Parlament den schwarzen Peter zuzuschieben.

Der Stadtrat hat eine Analyse gemacht und kommt zu einer Empfehlung – entscheiden soll am Ende aber das Parlament. So funktioniert die Gewaltenteilung aus meiner Sicht nicht. Aufgabe des Parlaments ist es, Rahmenbedingungen und Budgets zu beschliessen, nicht operative Angebotsfragen der Schule zu steuern. Über das Budget beraten wir bekanntlich Ende Jahr. Wenn wir beginnen, solche Detailfragen hier im Parlament zu entscheiden, verwischen wir die Rollen zwischen Exekutive und Legislative.

Darum bin ich der Meinung: Wenn der Stadtrat überzeugt ist, dass eine Reduktion richtig ist, soll er diesen Entscheid selbst treffen, politisch verantworten und ihn im ordentlichen Budget entsprechend vertreten. Aus diesem Grund halte ich es für richtig, auf dieses Geschäft nicht einzutreten und nicht, wie fälschlicherweise gesagt wurde, es zurückzuweisen. Die Zuständigkeiten zwischen Exekutive und Parlament sind klar zu belassen.

8. **Schulpräsident Stefan Rindlisbacher:** Nach den Voten zum Eintreten und Nichteintreten bin ich etwas hin- und hergerissen. Es fielen Begriffe wie Verantwortungsabschiebung, falsche Zahlen oder Schnellschuss. In einem Punkt hat Markus Rosenberger recht: Die Verantwortung liegt bei uns. Die Finanzkompetenz liegt jedoch beim Parlament.

Wir beantragen CHF 680'000 über vier Jahre. Solche Positionen können wir ins Budget einstellen, entscheiden können letztlich Sie. Der Stadtrat übernimmt Verantwortung, indem er Ihnen einen reduzierten Antrag vorlegt – faktisch mit zwei Skilagern weniger. Wenn Sie nicht eintreten, ist die Haltung des Stadtrats klar: Diese Lager werden gestrichen.

Zudem setzen wir einen Auftrag der VBK um, die eine Überprüfung dieser klar abgegrenzten Kontostelle verlangt hat. Bereits in der Budgetdiskussion 2024 wurde kritisiert, das Parlament werde vor vollendete Tatsachen gestellt. Genau das vermeiden wir: Sie können frühzeitig über eine konkrete Sparmassnahme befinden. Denn wir haben ein Ausgaben-, kein Einnahmenproblem.

Zu den Zahlen: Die J+S-Beiträge von rund CHF 30'000 wurden nicht berücksichtigt, da sie noch nicht abgerechnet waren. Dieser Betrag ist bekannt und kann gedanklich einbezogen werden. Gemäss Gemeindegesetz sind Bruttoaufwände zu beantragen; unsichere Beiträge gehören nicht in den Antrag.

Von einem Schnellschuss kann keine Rede sein: Das Geschäft wurde breit abgestützt und mehrfach behandelt. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und die vorgeschlagene Massnahme zu prüfen.

9. **Ruedi Blumer (SP):** Die Ausführungen des Schulpräsidenten waren sehr detailliert und aufschlussreich. Für viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren das neue Informationen. Dasselbe gilt wohl auch für das Publikum. Genau deshalb sind wir als Parlament hier am richtigen Ort und zum richtigen Zeitpunkt, um dieses Geschäft gemeinsam zu beraten.

Der Präsident hat sich vorbereitet, um darzulegen, was in der vorberatenden Kommission alles behandelt wurde. Die VBK ist zu einem klaren Entscheid gekommen; sie war einhellig. Wenn nun eine Partei das Geschäft plötzlich anders beurteilt und nicht beraten will, dann ist das ihr gutes Recht. Aber das kann für uns nicht der Massstab sein, uns der Beratung zu entziehen.

Ich bitte Sie deshalb, dass wir als Parlament hier Verantwortung übernehmen, dieses Geschäft beraten und darüber entscheiden.

10. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Nochmals zum Thema Verantwortung: Der Schulpräsident hat vorhin gesagt, dass bei einem Nichteintreten der Stadtrat entscheidet, diesen Betrag nicht zu sprechen. Er hat auch gesagt, dass der Stadtrat die Verantwortung dafür trägt, wie dieses Geld eingesetzt wird.

Für mich stellt sich deshalb die Frage: Liegt diese Verantwortung beim Schulrat oder beim Stadtrat? Und wenn Geld gesprochen wird, könnte der Schulrat dann beispielsweise auch entscheiden, die Elternbeiträge zu erhöhen, oder entscheidet am Schluss der Stadtrat abschliessend, was gemacht wird?

11. **Schulpräsident Stefan Rindlisbacher:** Es handelt sich um einen stadträtlichen Antrag an das Parlament und damit um die Haltung des Stadtrats. Er trägt am Ende auch die Verantwortung dafür, welche Beträge schliesslich im Budget stehen. Der Schulrat hätte darauf letztlich keinen Einfluss.
12. **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Hätten wir dieses Geschäft nicht dem Parlament vorgelegt und wäre es nur über die GPK gelaufen, hätten wir wohl umgehend eine Anfrage erhalten, ob wir unsere Kompetenzen überschritten hätten. Ich bitte die SVP-Fraktion um etwas mehr Konsequenz. Und noch etwas: Du Markus hast von operativen Geschäften gesprochen – das nächste Geschäft ist hochgradig operativ. Ich habe es schon mehrfach gesagt: Wir behandeln in diesem Parlament eben auch operative Geschäfte.

Abstimmung Eintreten:

Auf das Geschäft wird eingetreten. (20 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

III. Detailberatung

1. **Markus Meister (GLP-FLiG):** Der Bericht und Antrag begründet den Rahmenkredit mit der notwendigen Planungssicherheit. Da Verträge mit Lagerhäusern mehr als ein Jahr im Voraus abgeschlossen werden müssen, das Budget jedoch erst im Dezember bewilligt wird, besteht faktisch kein Einfluss des Parlaments auf die Durchführung der Wintersportlager. Die VBK anerkennt diesen Handlungsbedarf grundsätzlich.

Gleichzeitig sollen im Bildungsbereich Einsparungen erfolgen. Das Postulat «Verwaltungsstrukturen und -prozesse optimieren» sowie die externe Analyse von PwC empfehlen eine Überprüfung der Lagerangebote. Der Stadtrat hat diese Überprüfung daher zu Recht aufgenommen.

Der Bericht weist jedoch eine Kostenreduktion von CHF 115'000 pro Jahr aus und vermittelt damit ein zu hohes Einsparpotenzial. Effektiv beträgt die Einsparung rund CHF 55'000. Die Differenz entsteht, weil im Antrag ausschliesslich Bruttokosten ausgewiesen werden. Die genannten CHF 115'000 entsprechen der Bruttoersparnis zweier Lager inklusive Eltern- und J+S-Beiträgen. Nach Abzug dieser Beiträge lagen die Nettokosten 2025 bei CHF 136'900. Im Bericht werden sie hingegen mit CHF 169'400 angegeben, da der J+S-Beitrag von rund CHF 30'000 nicht berücksichtigt wurde. Die Darstellung ist damit unvollständig. Tatsächlich würde sich der Nettobeitrag bei Annahme des Antrags auf rund CHF 81'000 reduzieren.

Die VBK ist der Auffassung, dass die effektive Einsparung von rund CHF 55'000 im Bericht klar ausgewiesen werden muss, auch wenn gemäss RMSG im Antrag nur Bruttokosten dargestellt werden dürfen. Nur so besteht eine verlässliche Entscheidungsgrundlage.

Zudem fehlt im Antrag eine Gesamtbetrachtung. Das Streichen von zwei Lagern erscheint als naheliegendste Sparmassnahme, ohne die Einnahmenseite ausreichend einzubeziehen. Insbesondere sind Anpassungen der Elternbeiträge sowie die künftige Kostenverteilung zwischen Stadt, Eltern und Dritten ungenügend aufgezeigt.

Die VBK stellt deshalb folgenden Gegenantrag:

Für die Wintersportlager der Schule Gossau im Jahr 2027 wird ein Kredit von brutto CHF 285'000 genehmigt.

Damit wird die notwendige Planungssicherheit gewährleistet und gleichzeitig sichergestellt, dass alle Lager im bisherigen Umfang durchgeführt werden können. Für die Jahre ab 2028 soll der Stadtrat einen neuen Bericht vorlegen, der die effektiven Kosten und Einsparungen transparent darstellt und Handlungsspielraum für den Erhalt der Lager lässt.

Die VBK will die Wintersportlager nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern Einsparungen differenziert prüfen. Sie zeigt auf, dass bereits mit einer moderaten Erhöhung der Elternbeiträge von CHF 230 auf CHF 280 bei gleichbleibender Anzahl Lager ein Einsparpotenzial von rund CHF 27'000 erreicht werden kann.

Zusätzlich sollen alternative Lagerformen geprüft werden. Aufgrund des Schneemangels steigen die Kosten für Skilager in schneesicheren Regionen. Denkbar sind daher Kombinationen mit Sommerlagern oder andere Lagerformen wie Kennenlernwochen oder gemeinnützige Einsätze.

Der Schulrat hat sich mehrfach für den Erhalt der Lager ausgesprochen. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur persönlichen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Sie fördern Selbstständigkeit, Ausdauer, soziale Kompetenzen und Teamfähigkeit – Fähigkeiten, die im regulären Unterricht nur begrenzt vermittelt werden können.

Die VBK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Gegenantrag anzunehmen und den Auftrag zu erteilen, die Lager möglichst zu erhalten und gleichzeitig Einsparungen zu realisieren. Dabei sollen insbesondere die Elternbeiträge angepasst und alternative Modelle geprüft werden.

2. **Roger Pfister (Die Mitte):** Die Mitte-Fraktion hat sowohl den Antrag des Stadtrats als auch den Gegenantrag geprüft. Entscheidend ist, dass der tatsächliche Spareffekt deutlich geringer ausfällt als dargestellt. Mit dem stadtträtlichen Antrag würden dennoch zwei Wintersportlager gestrichen, da die Bruttokosten künftig auf CHF 170'000 begrenzt wären – trotz vorhandenem Spielraum auf der Einnahmenseite.

Es handelt sich um eine freiwillige Ausgabe, die von über 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler genutzt wird. Vergleichbare Angebote mit dieser Reichweite sind selten. Der Bericht zeigt jedoch nicht auf, wie bei gleichbleibendem Angebot Einsparungen über die Einnahmenseite erzielt werden könnten. Genau hier setzt der Gegenantrag an.

Bei den Elternbeiträgen sehen wir angesichts gestiegener Kosten Spielraum. Der VBK-Antrag stellt zudem sicher, dass auch das polysportive Angebot finanziert bleibt.

Die Mitte-Fraktion unterstützt den Gegenantrag mehrheitlich. Ein mögliches Modell: Kosten pro Kind rund CHF 500, davon CHF 80 durch J+S gedeckt. Bei einem Elternbeitrag von CHF 300 und einem städtischen Beitrag von rund CHF 120 ergäben sich Gesamtkosten von etwa CHF 80'000 bis CHF 90'000. Damit liesse sich ein ähnlicher Spareffekt erzielen wie beim Antrag des Stadtrats – bei gleichzeitigem Erhalt aller Lager.

3. **Heinz Loretini (FDP):** Auch CHF 120 pro Kind bleiben Ausgaben. Die Bevölkerung hat klar signalisiert: zuerst sparen, dann allenfalls Einnahmen erhöhen.

Der Stadtrat legt mit diesem Geschäft die erste Sparmassnahme vor. Jede Massnahme wird Widerstand auslösen, insbesondere, wenn Gewohnheiten betroffen sind. Doch genau deshalb müssen wir konsequent prüfen und umsetzen.

Wenn wir bereits beim ersten Vorschlag zurückweichen, wird die Haushaltskonsolidierung nicht gelingen. Der Auftrag ist klar: Ausgaben reduzieren und priorisieren.

Wenn Stadtrat und Schulführung zum Schluss kommen, dass eine Reduktion der Lager vertretbar ist, sollten wir dem folgen. Das Angebot bleibt weiterhin ausreichend und pädagogisch sinnvoll. Ich unterstütze daher den Antrag des Stadtrats.

4. **Ruedi Blumer (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der VBK. In der Beratung zeigte sich, dass wesentliche Fragen noch offen sind. Es ist daher nicht angezeigt, bereits jetzt auf Kosten der Kinder zu sparen.

Lager sind ein wichtiger Bestandteil der Schule und fördern insbesondere die Sozialkompetenz. Einsparungen sollen geprüft werden, aber sorgfältig und mit Blick auf die Zukunft.

Mögliche Ansätze sind höhere Elternbeiträge oder eine stärkere Gewichtung von Sommerlagern. Angesichts steigender Kosten und klimatischer Entwicklungen gewinnen diese an Bedeutung und sind zugleich günstiger.

Zu hohe Elternbeiträge bergen jedoch das Risiko, dass mehr Familien Unterstützung benötigen oder Kinder ausgeschlossen werden. Deshalb ist eine ausgewogene Lösung erforderlich. Die SP unterstützt den VBK-Antrag.

5. **Markus Rosenberger (SVP):** Die Bevölkerung hat klar verlangt, dass gespart wird. Der Stadtrat ist dazu bereit – geben wir ihm die Möglichkeit, dies umzusetzen. Ich unterstütze den Antrag des Stadtrats.

Der VBK-Antrag ist gut gemeint, bringt aber keine verlässlicheren Zahlen. Beiträge wie J+S lassen sich nur begrenzt genau prognostizieren. Weitere Abklärungen führen lediglich zu Verzögerungen.

Auch höhere Elternbeiträge sind nicht der richtige Weg. Entscheidend ist, die Ausgaben zu reduzieren, nicht die Einnahmen zu erhöhen. Daher plädiere ich klar für den Antrag des Stadtrats.

6. **Schulpräsident Stefan Rindlisbacher:** Es ist zwischen Lagern allgemein und Skilagern im Besonderen zu unterscheiden. Der Schulrat bekennt sich klar zu beiden. In der Detailberatung wurde der pädagogische Wert hervorgehoben. Teilweise bieten alternative Lagerformen, wie sie erwähnt wurden, sogar einen höheren pädagogischen Nutzen. Wir haben viele Skilager, aber vergleichsweise wenige solcher Angebote. Deshalb soll dort reduziert werden, wo ein Überangebot besteht, und erhalten bleiben, was seltener ist.

Eine Erhöhung der Elternbeiträge auf CHF 300 würde voraussichtlich zu mehr Unterstützungsgesuchen führen und damit Kosten verlagern. Zudem gehen viele Kinder nur in dieser Woche skifahren. Mit zusätzlichen Ausgaben für Ausrüstung ist unklar, wie sich eine Erhöhung auf die Teilnahmequote auswirkt.

Auch bei den Lagerhäusern besteht kaum Spielraum. Die Verfügbarkeit ist begrenzt, und langjährige Beziehungen erschweren einen Wechsel. Selbst bei geringerer Auslastung könnten Kosten bestehen bleiben. Günstigere Alternativen sind unsicher, zumal die Preise generell gestiegen sind.

Ein Bericht kann nicht alle Eventualitäten abbilden, die Fragen wurden jedoch intensiv diskutiert. Denkbar sind auch andere Lagerformen wie Sommerlager, Sprach- oder Austauschprogramme sowie gemeinnützige Einsätze. Diese können pädagogisch ebenso oder stärker wirken. Gleichzeitig soll das Lagerangebot attraktiv bleiben: Ab der 5. Klasse besuchen die Schülerinnen und Schüler jährlich ein Lager.

Ich bitte Sie, die Ausgestaltung der Lager dem Schulrat zu überlassen. Anpassungen bei den Elternbeiträgen werden geprüft, jedoch schrittweise.

Die zentrale Frage bleibt: Wollen Sie die Ausgaben reduzieren oder das heutige Angebot mit fünf Lagern beibehalten? Einsparungen sind in diesem Bereich nur durch Reduktion der Lager oder höhere Einnahmen möglich. Letzteres dürfte die Teilnahme beeinflussen.

7. **Markus Meister (GLP-FLiG):** Ich bin begeisterter Skifahrer – noch lieber begleite ich jedoch Skilager, weil ich sehe, was dort entsteht. Immer weniger Kinder fahren Ski. Ich habe bewusst oft Anfängerinnen und Anfänger begleitet, die noch nie auf Skiern standen. Der Einstieg ist anstrengend und fordernd, doch am Ende der Woche fahren sie stolz eine Piste hinunter. Genau darin liegt der Wert: dranbleiben, etwas Schwieriges lernen und Erfolg erleben. Es geht nicht nur ums Skifahren, sondern um die Erfahrung, sich etwas Neues zu erarbeiten. Dafür setze ich mich ein.

Dass rund 85 Prozent teilnehmen, zeigt die hohe Bedeutung dieses Angebots. Ich bin überzeugt, dass viele Eltern bereit wären, einen Beitrag von etwa CHF 300 zu leisten, also rund CHF 70 mehr als heute. Ja, die Teilnahmequote könnte etwas sinken – vielleicht auf 70 bis 75 Prozent. Dennoch sollten wir die Qualität ins Zentrum stellen.

Ein Blick auf die Kosten: Ein Schulkind kostet die Stadt Gossau jährlich rund CHF 20'000. Für ein Skilager fallen etwa CHF 270 pro Kind an, also rund 1,5 Prozent. Der pädagogische Nutzen ist jedoch um ein Vielfaches höher. Skilager fördern Selbstständigkeit, Durchhaltevermögen und soziale Kompetenzen und bieten einen

wichtigen Ausgleich zum Bewegungsmangel. Wenn wir ausgerechnet hier sparen, setzen wir aus meiner Sicht das falsche Signal.

Einsparungen sind dennoch möglich. Eine Erhöhung der Elternbeiträge um rund CHF 70 würde ein Potenzial von etwa CHF 50'000 eröffnen. Damit könnten wir sparen und gleichzeitig das Angebot weitgehend erhalten. Genau darum geht es: alle Optionen prüfen und eine ausgewogene Lösung finden. Der Gegenantrag schafft dafür die Grundlage. Ich bin überzeugt, dass wir so bereits ab dem nächsten Jahr Einsparungen erzielen können, ohne die Qualität wesentlich zu beeinträchtigen.

8. **Claudia Kretz-Büsser (FDP):** Ich habe den Eindruck, dass sich eine Patt-Situation abzeichnet. Deshalb stelle ich einen eigenen Antrag, unabhängig von der VBK:
Für die Wintersportlager in den Jahren 2027 bis 2030 wird ein Rahmenkredit von jährlich brutto CHF 227'000, insgesamt CHF 910'000, genehmigt.

Im Kern geht es nicht nur um Kredite, Buchhaltungsvorgaben oder Sparmassnahmen, sondern um den sozialen Zusammenhalt unserer Schülerinnen und Schüler. Lager ermöglichen prägende Erfahrungen. Geben wir der Schule den nötigen Spielraum, diese Angebote zu erhalten.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zu folgen. Unterstützen Sie entweder den Antrag der VBK oder – falls dieser keine Mehrheit findet – meinen Antrag. Einsparungen durch Mitfinanzierung sind sinnvoller als ein Abbau des Angebots. Lassen wir die Jugendlichen nicht im Stich, sondern sichern wir die Wintersportlager für die kommenden Jahre. Über die weitere Entwicklung können wir zu einem späteren Zeitpunkt erneut entscheiden.

Der VBK-Antrag ist auf das Jahr 2027 beschränkt und gewährleistet kurzfristig den Erhalt aller Lager. Mein Antrag schafft hingegen für vier Jahre Planungssicherheit. Grundlage ist ein jährlicher Betrag von rund CHF 227'000, basierend auf einer Erhöhung der Elternbeiträge auf etwa CHF 280.

Abschliessend: Umgerechnet entspricht dies rund CHF 85 pro Woche für einen Fünftagespass – ein sehr gutes Angebot. Zudem wird das Lagerwesen bereits heute durch externe Beiträge unterstützt.

9. **Markus Rosenberger (SVP):** Dieses Parlament hat dem Stadtrat im Dezember 2024 im Rahmen der VBK «Verwaltungsstrukturen und Prozesse optimieren» Empfehlungen abgegeben; praktisch das ganze Parlament stand damals dahinter. Wir haben dem Stadtrat empfohlen, die Wintersportlager zu überprüfen. Der Stadtrat hat diesen Auftrag aufgenommen, analysiert und legt nun eine Empfehlung vor.

Es ist das erste Geschäft, seit die Bevölkerung entschieden hat, den Steuerfuss tief zu halten und dass gespart werden muss. Und ausgerechnet beim ersten Geschäft will dieses Parlament dem Stadtrat nicht folgen? Welches Signal senden wir damit? Glaubt wirklich jemand, dass künftig noch Sparanträge kommen, wenn der Stadtrat sieht, dass bereits die erste Massnahme scheitert? Ganz sicher nicht. Ich bleibe deshalb beim Antrag des Stadtrats.

10. **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Die Bevölkerung hat am Sonntag darüber entschieden, dass die Einnahmen nicht stärker steigen sollen. Abgestimmt wurde also über die Einnahmenseite. Über die Ausgaben hat die Bevölkerung nichts gesagt. Diese wurden in diesem Parlament im Rahmen der letzten Budgetdebatte beschlossen.

Ihr habt bekommen, was ihr wolltet: euren Antrag. Dieser lief im Kern darauf hinaus, dass wir uns stärker verschulden. Darüber hat die Bevölkerung abgestimmt. Du interpretierst das nun so, als habe die Bevölkerung gesagt, wir müssten zwingend sparen. Beschlossen wurde aber etwas Anderes: Wir zahlen nicht mehr und machen schneller Schulden. Nicht mehr und nicht weniger.

11. **Andreas Oberholzer (SVP):** Ich unterstütze den Antrag der VBK. Denn ich sehe, dass am Ende des Tunnels noch weiteres Sparpotenzial vorhanden ist.

Auch für mich wirkt die Vorlage wie ein Schnellschuss, hinter dem deutlich mehr Sparpotenzial steckt, als derzeit ausgewiesen wird. Ich unterstütze deshalb den Antrag der VBK.

12. **Markus Meister (GLP-FLiG):** Auch die VBK will sparen. Ich habe ein Rechenbeispiel gemacht um zu zeigen, wie die Nettokosten aussehen würden. Ich glaube, Claudia, was du meinst, ist eine Kompromissvariante: vier Lager und gleichzeitig höhere Elternbeiträge. Das würde dann in etwa zu Bruttokosten von CHF 225'000 führen, bei einem Elternbeitrag von CHF 280 und einem Einsparpotenzial von rund CHF 50'400. Aber wir hätten dann eben ein Lager weniger.
13. **Schulpräsident Stefan Rindlisbacher:** Einsparungen sind nur auf drei Wegen möglich: durch weniger Skilager, durch deren Umwandlung in Sommerlager oder durch höhere Elternbeiträge. Letzteres erfordert besondere Zurückhaltung, da sonst die Teilnahme sinken könnte.

Entscheidend ist für mich Folgendes: Der Stadtrat schlägt eine Massnahme vor, mit der bereinigt rund CHF 55'000 eingespart werden können. Dabei sollte nicht die exakte Höhe der Einsparung im Zentrum stehen. Wenn wir beginnen, Mindestbeträge festzulegen, senden wir das falsche Signal darüber, ab wann sich Sparen überhaupt lohnt.

Massgebend ist vielmehr der Ansatz des Stadtrats: ein Rahmenkredit für vier Jahre, Planungssicherheit, Mitsprache des Parlaments und ein Beitrag zur Entlastung der Finanzen. Ob die Einsparung CHF 55'000 oder auch nur CHF 10'000 beträgt, ist zweitrangig – wir haben bereits deutlich kleinere Beträge eingehend diskutiert.

14. **Markus Meister (GLP-FLiG)** beantragt eine Pause.
Der Antrag wird abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)
15. **Ruedi Blumer (SP):** Ich gehe ebenfalls davon aus, dass ab 2028 noch mehr Sparpotenzial ausgeschöpft werden kann, wenn wir jetzt die nötige Zeit nutzen, um eine tragfähigere Lösung zu erarbeiten. Insbesondere ist offensichtlich, dass Sommerlager sowohl für die Eltern und die Ausrüstung der Kinder als auch für die Schule günstiger zu organisieren sind als Winterlager. Diese Differenz wird sich in den nächsten Jahren wohl noch vergrössern.

Ich glaube deshalb, wir sind gut beraten, wenn wir es für 2027 bei der Lösung der VBK belassen. Die Einsparung von CHF 55'000 bleibt als klare Vorgabe bestehen. Mehr als diese CHF 55'000 ab 2028 einzusparen, scheint erreichbar. Darauf könnten wir uns heute verständigen.
16. **Pascal FÜRER (SVP):** Der Antrag der vorberatenden Kommission hält lediglich fest, dass für 2027 ein Kredit von CHF 285'000 gesprochen wird. Eine Verbindlichkeit für einen erneuten Rahmenkredit in den Folgejahren sehe ich darin nicht. Folglich wäre es durchaus möglich, dass der Stadtrat die Kredite danach wie üblich über das Budget einstellt, wie in den vergangenen Jahren. Ich unterstütze deshalb klar den Antrag des Stadtrats und bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Gegenüberstellung Anträge VBK und Antrag Claudia Kretz Büsser (FDP):
Der Antrag der VBK erhält 24 Stimmen.
Der Antrag von Claudia Kretz Büsser (FDP) erhält 6 Stimmen.
Es gibt keine Enthaltungen.

Gegenüberstellung Anträge Stadtrat und VBK:
Der Antrag des Stadtrates erhält 15 Stimmen.
Der Antrag der VBK erhält 15 Stimmen.
Der Stichentscheid der Präsidentin fällt zugunsten des Antrags der VBK.

IV. Beschluss

1. Für die Wintersportlager der Schule Gossau im Jahr 2027 wird ein Kredit von brutto CHF 285'000 genehmigt. (15 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Protokoll Nr. 49/2026

2025-527

Sitzung vom 10. März 2026

07.05.27.01

Schutzverordnung, Teil Albertschwilerbach; Änderung

I. Grundlagen

1. Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 22. Januar 2026 mit folgendem Antrag.
 1. Der Plan «Schutzverordnung, Teil Albertschwilerbach; Änderung» vom 20. Oktober 2025 wird erlassen.
 2. Vorbehalten bleibt die Rechtskraft des Wasserbauprojekts «Umlegung Albertschwilerbach».

II. Beschluss

1. Der Plan «Schutzverordnung, Teil Albertschwilerbach; Änderung» vom 20. Oktober 2025 wird erlassen.
(30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Protokoll Nr. 50/2026

2026-9

Sitzung vom 10. März 2026

00.03.40.40

Interpellation Simon Sigg (Die Mitte) "Nächtliche Notsituationen und Obdachlosigkeit in der Stadt Gossau"; Antwort

I. Grundlagen

1. Simon Sigg (Die Mitte) reichte am 6. Januar 2026 mit 18 Mitunterzeichnenden die Interpellation «Nächtliche Notsituationen und Obdachlosigkeit in der Stadt Gossau» ein.
2. Der Stadtrat hat diese am 26. Februar 2026 beantwortet.

II. Erklärung

1. **Simon Sigg (Die Mitte):** Die Antwort zeigt, dass der Stadt derzeit keine offiziellen Meldungen über Obdachlosigkeit vorliegen und dass keine statistischen Daten zur Situation in Gossau vorhanden sind. Gleichzeitig wird festgehalten, dass während der Bürozeiten Unterstützung über das Sozialamt möglich ist und bei Bedarf auch kurzfristig eine Übernachtungsmöglichkeit organisiert werden kann. Ausserhalb der Bürozeiten besteht jedoch keine spezifische Anlaufstelle.

Damit bleibt letztlich offen, wie häufig solche nächtlichen Notsituationen tatsächlich vorkommen oder ob Betroffene in solchen Momenten überhaupt bei den zuständigen Stellen erscheinen. Es ist nämlich durchaus so: Was in keiner Statistik erscheint, muss nicht zwingend nicht existieren. Es ist wie bei einer Speisekarte, auf der Pommes frites fehlen. Das bedeutet nicht, dass es in der Küche keine gibt.

Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass solche Situationen vorkommen. An der Pfarrhaustür klopfen immer wieder Menschen an und suchen kurzfristig Hilfe. Es gibt sie also sehr wohl: Menschen, die akut Unterstützung brauchen. Sie erscheinen einfach in keiner Statistik.

Ein Blick in die Region zeigt zudem, dass sich die Situation verändern kann. In Berichten aus der Stadt St. Gallen wird festgehalten, dass Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit sichtbarer geworden sind und die Zahl der Menschen ohne eigenes Zuhause steigt. Gleichzeitig zeigt sich, dass gerade kleinere Gemeinden an ihre Grenzen kommen können, wenn spätabends oder nachts kurzfristig eine Unterkunft benötigt wird.

Ich muss kaum erwähnen, dass sich diese Problematik in der kommenden Zeit akzentuieren dürfte. Grosse internationale Krisen verstärken Migration sowie Armut und Not – auch vor der eigenen Haustür, auch in Gossau.

Gerade deshalb war es mir wichtig, diese Fragen zu stellen. Soziale Probleme entstehen selten von heute auf morgen, sondern entwickeln sich meist schrittweise. Wenn erst reagiert wird, sobald sie deutlich sichtbar werden, ist es oft schwieriger, angemessene Lösungen zu finden.

In diesem Sinne nehme ich die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis und erwarte, dass die Entwicklung weiterhin wachsam beobachtet und bei Bedarf gehandelt wird.

III. Beschluss

1. Das Stadtparlament nimmt die Antwort des Stadtrates ohne Diskussion zur Kenntnis.

Protokoll Nr. 51/2026

2021-1385

Sitzung vom 10. März 2026

00.03.40.50

Fragestunde

I. Grundlagen

1. Beim Stadtrat sind bis zehn Tage vor der Sitzung sechs Fragen eingegangen.
2. Der Stadtrat beantwortet diese mündlich. (Art. 69 Geschäftsreglement)
3. **Heinz Loretini (FDP)** erkundigt sich, ob der Stadtrat eine Möglichkeit sieht, die Zentralisierung der Finanzbereiche der Stadt Gossau und der Stadtwerke nochmals ernsthaft zu prüfen.

Stadtpräsident Wolfgang Giella antwortet, dass der Stadtrat Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit laufend prüft und in einzelnen Bereichen bereits koordiniert arbeitet. Eine vertiefte Zusammenarbeit sei insbesondere dank der neuen Software heute einfacher als früher. Einsparungen ergäben sich dabei nicht zwingend unmittelbar bei den Kosten, könnten aber künftige Stellenausbauten allenfalls vermeiden.

Stadträtin Claudia Martin ergänzt, dass die Stadtwerke als unselbstständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen bereits in städtische Strukturen eingebunden sind. In den Bereichen HR und IT bestehe heute schon eine enge Zusammenarbeit; im Finanzbereich erfolge diese punktuell, etwa im Inkasso- und Mahnwesen. Aufgrund der spezialisierten Anforderungen in der Anlagebuchhaltung sowie in der Tarifierung von Elektrizität, Gas und Wasser sieht der Stadtrat derzeit keine wesentlichen zusätzlichen Effizienzgewinne durch eine vollständige Zentralisierung.

4. **Patrick Huber (SP)** weist auf Schwierigkeiten älterer Personen mit der Steuererklärung 2025 hin und möchte wissen, wie das Steueramt der geschilderten Problematik begegnet, ob es personell ausreichend dotiert ist und ob es mit dem kantonalen Steueramt bezüglich der zunehmenden Digitalisierung im Austausch steht.

Stadtpräsident Wolfgang Giella antwortet, dass dem städtischen Steueramt die Problematik bewusst sei und die Beratungsarbeit derzeit spürbar zunehme. Dies betreffe vor allem, aber nicht nur, ältere Personen. Der Kanton habe die Reduktion der Papierformulare angekündigt; die Stadt erhalte nur noch ein beschränktes Kontingent. Mit dem kantonalen Steueramt bestehe ein enger Austausch über die Rückmeldungen aus den Gemeinden.

Der Stadtrat geht von einer Übergangsphase von zwei bis drei Jahren aus und erwartet, dass sich die Situation mit Verbesserungen bei Software und Zugänglichkeit wieder entschärfen wird. Eine personelle Unterdotierung des Steueramts sieht der Stadtrat derzeit nicht.

5. **Roger Pfister (Die Mitte)** fragt nach der Auslastung der Lokalität Marktstübli in den vergangenen Jahren und danach, ob lärmdämmende Massnahmen angesichts der akustischen Situation gerechtfertigt wären.

Stadtrat Florin Scherrer antwortet, dass die Vermietung des Marktstübli in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Nach 140 Vermietungstagen im Jahr 2021 und 146 im Jahr 2022 lag die Auslastung 2023 bei 219 Tagen, 2024 bei 209 Tagen und 2025 erneut bei über 200 Tagen. In diesen Zahlen seien Einricht- und Aufräumtage jeweils als ganze Tage mitgerechnet.

Die Defizite der Raumakustik seien bekannt. Für eine spürbare Verbesserung wären Decken- und Wandverkleidungen erforderlich. Die Kosten dafür lägen bei knapp CHF 30'000; eine reduzierte Variante koste knapp CHF 13'000. Teilmassnahmen würden den Lärmpegel zwar messbar reduzieren, führten subjektiv jedoch

nicht zwingend zu einer deutlichen Verbesserung. Die umfassendere Variante sei aus Kostengründen nicht in das Budget aufgenommen worden.

6. **Ruedi Blumer (SP)** erkundigt sich nach dem Produkt «Snow and Ice» als Ersatz für Split und Salz sowie nach dessen Vor- und Nachteilen, dem Einsatzgebiet, den Kosten und nach der Schneeräumung beim Veloparkplatz vor dem Coop.

Stadtrat Florin Scherrer antwortet, dass das Produkt tatsächlich «Snow and Ice» heisse. Es handle sich um eine Mischung aus Salzen und feinen mineralischen Zusatzstoffen, die speziell für Eisglätte bei tiefen Temperaturen sowie für korrosionsanfällige Bereiche entwickelt worden sei. Vorteilhaft sei, dass das Mittel weniger korrosiv wirke als herkömmliches Salz und sich gemäss Herstellerangaben vollständig organisch abbaue; nachteilig sei insbesondere der deutlich höhere Preis.

Das Produkt werde nur an wenigen Stellen wie Brücken oder entlang von Stahlfundamenten eingesetzt, wo der Einsatz von Tausalz nicht möglich sei. Der Unterhaltsdienst verbrauche pro Winter durchschnittlich rund 100 Kilogramm Snow and Ice gegenüber rund 300'000 Kilogramm Streusalz. 100 Kilogramm Snow and Ice kosteten rund CHF 225; eine Tonne Tausalz rund CHF 227. Zum Veloparkplatz vor dem Coop führte der Stadtrat aus, dass es sich dabei um privaten Grund handle. Der städtische Unterhaltsdienst leiste dort grundsätzlich keinen Winterdienst.

7. **Christian Schlegel (GLP-FLiG)** stellt Fragen zum Bushof-Projekt, insbesondere zum Stand der Verhandlungen, zu den Auswirkungen der Verzögerung auf Kosten und Priorisierung sowie zu möglichen Interims-Massnahmen für den Bahnhofplatz.

Stadtpräsident Wolfgang Giella antwortet, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei und der Stadtrat derzeit noch nicht weiter informieren könne. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen seien, werde der Stadtrat informieren. Aufgrund der Teuerung sei davon auszugehen, dass die im Jahr 2016 geschätzten Kosten heute um rund 15 bis 20 Prozent höher lägen. Das Projekt befinde sich jedoch weiterhin auf der Stufe Vorprojekt mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus 20 Prozent.

Sollte eine Einigung erzielt werden, werde die Detailprojektierung ausgearbeitet; erst dann seien verlässlichere Aussagen zur Kostenentwicklung möglich. Ob sogenannte Vorhaltemassnahmen notwendig seien, werde geprüft, sobald die weitere Dauer des Verfahrens besser abschätzbar sei. Weitere Aufwertungen des Bahnhofplatzes sind bis zur Klärung des Verfahrens nicht vorgesehen.

8. **Kurt Jau (SVP)** fragt nach dem Stand des Projekts ASGO, nach der Verwendung des im Jahr 2020 gesprochenen Beitrags von rund CHF 600'000, nach allfälligen weiteren Zahlungen und nach den Schwerpunkten des Programms «ASGO-Gebietsentwicklung 2050», insbesondere für Gossau.

Stadtpräsident Wolfgang Giella antwortet, dass die Entwicklungsplanung im Frühjahr 2025 abgeschlossen und am 6. Juni 2025 öffentlich vorgestellt worden sei. Gleichzeitig sei die Charta ASGO-Gebietsentwicklung 2050 verabschiedet worden, mit der sich Kanton, Gemeinden und Wirtschaft zur Weiterverfolgung der Entwicklungsplanung bekennen. Für die Umsetzung sei die ASGO-Realisierungsgemeinschaft zuständig; das Gebietsmanagement übernehme die operative Koordination.

Die bewilligten CHF 600'000 seien vollständig für neun Teilprojekte eingesetzt worden. Das Projekt schliesse ohne Nachtragskredit und mit einem kleinen Überschuss von rund CHF 8'000 ab. Am jährlichen Budget des Gebietsmanagements von CHF 70'000 beteiligt sich die Stadt Gossau mit CHF 25'000. Das Programm bündelt die Ergebnisse der neun Teilprojekte in einem Gesamtkonzept mit rund 80 Massnahmen. Für Gossau liegen die Schwerpunkte im Bahnhofquartier Ost sowie im Gebiet Produktion/Logistik Gossau Ost. Im Zentrum stehen die Innenentwicklung, der Bahnhof als Mobilitätshub, das ÖV-Angebot, der Fuss- und Veloverkehr sowie die übergeordneten Verkehrsachsen und Querverbindungen.

Protokoll Nr. 52/2026

2025-115

Sitzung vom 10. März 2026

00.03.10.01

Neue Vorstösse

I. Grundlagen

1. Die Präsidentin orientiert über die neuen Vorstösse:

- a) Einfache Anfrage Markus Rosenberger (SVP) «Wird das Kreditrecht konsequent eingehalten?»
- b) Einfache Anfrage Alois Künzle (SVP) «Aktueller Stand Kreditüberschreitung 'Sportwelt Buechenwald, Modul 1', Gründe, Lehren»
- c) Einfache Anfrage Elmar Hardegger (Die Mitte) «Altersheim Espel – Wohin geht die Reise?»
- d) Einfache Anfrage SVP-Fraktion «Klare Abfuhr für Steuererhöhung – Wann löst der Stadtrat endlich das Ausgabenproblem?»
- e) Interpellation Matthias Ebnetter (GLP-FLiG) «Gemeindeeffizienz.ch (Das Schweizer-Gemeinde-Benchmarking)»

II. Beschluss

1. Das Stadtparlament nimmt die Vorstösse zur Kenntnis.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Die Präsidentin

Die Stadtschreiberin

Martina Uffer

Beatrice Kempf

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 27. März 2026 genehmigt.